



Kreistagsfraktion Tübingen

Rede von Bündnis 90/Die Grünen zur Verabschiedung des Haushalts am 14.12.2022

Annika Franz
annika.franz@gruene-tuebingen.de

Tübingen, den 15.12.2022

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

es ist drei Jahre her, dass wir zum letzten Mal zu einer Haushaltssitzung in Präsenz hier im großen Sitzungssaal zusammengekommen sind. Gut, dass wir heute wieder alle gemeinsam in einem Raum tagen. Das macht die Verhandlungen sicherlich einfacher als in den letzten beiden Jahren im virtuellen Raum. In einer Zeit mit vielen Sorgen ist es ein gutes Zeichen, dass zumindest die Einschränkungen der Pandemiesituation abnehmen.

Manche Fraktionen haben dieses Jahr auf Anträge verzichtet, andere Fraktionen – darunter wir – haben ein Antragspaket mit einer ganzen Reihe von Anträgen in die Beratungen eingebracht. Und das, obwohl die Appelle, sich wegen der angespannten Haushaltssituation mit Anträgen zurückzuhalten, eindringlicher waren als in früheren Jahren.

Schon in den letzten Jahren war klar: Die wirtschaftlich gute Situation würde nicht immer anhalten. Zudem würden das Großvorhaben Regionalstadtbahn und umfangreiche Investitionen in unsere Kreisschulen in den Kreisfinanzen spürbar werden. Dazu kamen und kommen nun weitere Herausforderungen durch Pandemie und Ukraine-Krieg, durch Energiekrise und Inflation. Die Einnahmesituation wird schlechter bei gleichzeitig steigendem Ausgabenbedarf. Die finanziellen Spielräume werden also enger. Das trifft aber auch für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Kreis sowie für die Vereine zu, die wertvolle, häufig präventiv wirksame Arbeit leisten. Daher haben wir uns für ein Antragspaket entschieden, das sowohl akut helfen als auch zukunftsweisend Weichen stellen will.

Lassen Sie mich zunächst versichern, auch wir wollen, dass die Kommunen ihre Aufgaben erfüllen können. Auch wir wägen vor Antragstellung ab, wie hoch die Kreisumlage wohl sein darf, welche Anträge finanzierbar sind und welche Maßnahmen so wichtig für die Zukunft sind, dass nicht auf sie verzichtet werden darf.

Kreistagsfraktion Tübingen Bündnis 90/Die Grünen

Vorsitzende: Dr. Ulrike Baumgärtner, Tübingen | Dr. Annika Franz, Tübingen
stv. Vorsitzende: Gerd Hickmann, Tübingen | Ruth Setzler, Kirchentellinsfurt | Geschäftsführung: Gabriele Dreher-Reeß, Mössingen
Simon Baur, Rottenburg | Marie-Luise Bausch, Kirchentellinsfurt | Dr. Martin Brunotte, Tübingen | Christin Gumbinger, Tübingen |
Jürgen Hirning, Gomaringen | Christoph Joachim, Tübingen | Dr. Sabine Kracht, Rottenburg | Asli Küçük, Tübingen | Klaus Lambrecht, Rottenburg
Elena Peony, Tübingen | Dr. Wolfgang Raiser, Rottenburg | Elisabeth Schröder-Kappus, Rottenburg | Nina Zorn, Kusterdingen

In den Vorberatungen wurde mehrfach die Frage der Gegenfinanzierung unserer Anträge thematisiert. Eine wesentliche Einnahmequelle für die Kreise ist nun mal die Kreisumlage. Das gilt für Mehrausgaben, die die Verwaltung einbringt wie für Anträge, die von uns kommen. Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung vor Einbringung des Haushalts schon alle Möglichkeiten geprüft hat, um innerhalb des Haushalts Einsparungen vorzunehmen. Da wird kein großes Potential für Gegenfinanzierungen sein. Bei der überwiegenden Zahl unserer Anträge dient also die Kreisumlage der Finanzierung. Und warum sollten wir sinnvolle Maßnahmen, von denen der gesamte Kreis profitiert, nicht über die Kreisumlage finanzieren? Natürlich immer in verantwortbarem Rahmen.

Wo das möglich ist, bevorzugen wir aber natürlich andere Wege der Finanzierung: Ergibt sich ein Einsparpotential bei Straßenbaumaßnahmen, das dem Ausbau des ÖPNV zugutekommen kann? Amortisieren sich Kosten für die Vermittlung von Geflüchteten in Arbeit durch gute Beratung? Oder für das Aufdecken von Energiesparpotentialen bei einkommensschwachen Haushalten? Gibt es Förderprogramme für die Einstellung einer oder eines Klimaresilienzbeauftragten?

Hinzu kommt: Bekanntermaßen ist Prävention auf lange Sicht häufig günstiger als das Auffangen der Spätfolgen. Das gilt für den Sozialbereich wie für den Klimaschutz. Unsere Anträge enthalten jedenfalls zahlreiche Maßnahmen, bei denen es langfristig günstiger sein könnte zu handeln als nicht zu handeln.

Dass wir uns in der Abwägung, welche Maßnahmen notwendig sind, nicht immer alle einig sind, ist vollkommen normal. Wir halten unsere Anträge für notwendig. Notwendig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Notwendig als Gebot der Menschlichkeit. Notwendig, damit die Verkehrswende gelingt. Notwendig, um den Klimawandel zu bremsen. Wir wünschen uns eine konstruktive Auseinandersetzung mit allen Vorschlägen zum Haushalt, ein Ringen um die besten Lösungen.

Was wollen wir als Bündnis 90/Die Grünen in den diesjährigen Verhandlungen erreichen? Mit unseren Anträgen wollen wir weitere Schritte hin zum sozial-ökologischen Modellkreis gehen. Auf die größeren Anträge möchte ich eingehen.

Den dreijährigen Turnus für die Antragstellung im Bereich der Freiwilligkeitsleistungen finden wir richtig. Dies gibt den Initiativen und Vereinen Planungssicherheit. Die Bedingungen haben sich jedoch seit der letzten Antragstellung vor zwei Jahren verändert. Die Coronapandemie brachte Einnahmeausfälle, zum Beispiel im Kulturbereich. Psychische Belastungen sind gestiegen, mehr Geflüchtete suchen Schutz bei uns; beides erhöht den Bedarf bei Unterstützungsangeboten. Oder die Inflation macht bisherige Finanzkonzepte hinfällig. Für Hilfe in unvorhergesehenen Notlagen sollen die Vereine, die auch bisher schon vom Landkreis Freiwilligkeitsleistungen beziehen, Gelder aus einem Krisentopf erhalten, so unsere Idee. Vereine und Initiativen leisten eine nicht wegzudenkende Arbeit für alle Kreiseinwohnerinnen und –einwohner. Es muss verhindert werden, dass unverzichtbare Angebote wegbrechen, gerade in diesen Zeiten, in denen Unsicherheiten zunehmen. Wir freuen uns, dass andere Fraktionen

ebenfalls die Notwendigkeit sehen, hier ein Unterstützungsangebot zu machen. Auf welchem Weg wir dieses tun, werden nachher die Beratungen ergeben.

Auch die Klimakrise darf nicht aus dem Blick geraten. Wir hatten ursprünglich zwei Stellen für Energieberatung in der Klimaschutzagentur beantragt. Sehr erfreulich, dass eine der Stellen inzwischen schon aus anderen Töpfen finanziert ist. Die zweite Stelle soll Energieberatung speziell für einkommensschwache Haushalte anbieten. Gerade sozial schwache Mieterinnen und Mieter oder verschuldete Haushalte sind stark durch steigende Energiekosten belastet. Da Aufklärungskampagnen diese Gruppen oft nur schlecht erreichen, sind hier neue Wege zu gehen: Netzwerkarbeit mit sozialen Einrichtungen oder Gruppenberatungen könnten zum Erfolg führen. Bei den Betroffenen sind relevante Einsparungen zu erwarten, daher wird sich die Stelle – abgesehen vom Nutzen für Betroffene und Klima – voraussichtlich auch volkswirtschaftlich amortisieren.

Wir wollten die Verwaltung zudem beauftragen, ein Konzept zu erarbeiten, wie der Landkreis als Dienstleister für Klimaresilienzmaßnahmen die Gemeinden unterstützen könnte. Klimaresilienz bezeichnet die Fähigkeit sozial-ökologischer Systeme, Auswirkungen und Belastungen des Klimawandels abzumildern und widerstandsfähig gegen die Folgen des Klimawandels zu sein. Kommunen gehören zu den zentralen Akteuren bei der Entwicklung von Klimaanpassungsmaßnahmen. So können Städte und Gemeinden in Bereichen wie Landwirtschaft und Boden, Wasserhaushalt, Naturschutz, Biodiversität oder Städteplanung Klimaanpassung vorantreiben. Das Ziel unseres Antrags war, eine Stellenschaffung für den Haushalt 2024 vorzubereiten. Unser Eindruck in den Vorberatungen war jedoch, dass bei den anderen Fraktionen noch zu viele Fragen offengeblieben sind. Wir haben den Antrag daher für diesen HH zurückgezogen, wollen ihn aber zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgreifen.

Zu einem unserer Anträge möchte ich einen kleinen Bogen schlagen. Stellen Sie sich vor, Sie sind neu in einer Stadt und möchten Essen gehen. Beim ersten Restaurant hängt außen keine Speisekarte – vermutlich gehen Sie lieber weiter zum nächsten Restaurant, weil Sie doch gerne wissen wollen, was es zu essen gibt und was es kostet. Stellen Sie sich vor, im nächsten Restaurant bringt Ihnen der Ober eine Speisekarte, die aber etwas in die Jahre gekommen ist und deutliche Spuren der Vornutzer trägt. Sie hoffen, dass Sauberkeit und Hygiene wenigstens in der Küche stimmen. Immerhin bekommen Sie einen riesigen Teller voller Essen – leider schmeckt es nicht. Aber wenigstens werden Sie satt, doch eigentlich war auch der Preis nicht angebracht. Sie beschließen nach diesen Erfahrungen, nächstes Mal lieber wieder selbst zu kochen.

Stellen Sie sich an der Stelle von Essen nun Mobilität vor. Sie sind neu in einer Stadt und wollen von einem Ort zum nächsten, doch an der Bushaltestelle hängt kein Fahrplan: Wann und wohin fährt der Bus? Ist die Haltestelle mit dem vermoosten Schild überhaupt noch in Betrieb? Sie haben Glück, ein Bus kommt. Er ist völlig überfüllt. Ziemlich bedrängt kommen Sie zum Zielort. Angenehm war es nicht. Sie beschließen nach diesen Erfahrungen, nächstes Mal lieber wieder mit dem Auto zu fahren.

Im Restaurant reicht es nicht aus, satt zu werden. Im ÖPNV reicht es nicht aus, irgendwie ans Ziel zu kommen. Für die meisten Menschen ist ein Restaurantbesuch ein echtes Highlight. Mobilität kann das auch sein. Eine Zug- oder Busfahrt mit Komfort, wo möglich WLAN und ohne Parkplatzsuche ist angenehm. Und mit verlässlichen Auskünften auch sehr berechenbar. Daher wollen wir neben einer guten Haltestellenausstattung auch in die Digitalisierung im ÖPNV investieren: Eine Stelle für Digitalisierung und emissionsfreien ÖPNV soll beispielsweise die Echtzeitauskunft vorantreiben.

Alle Jahre wieder müssen wir an dieser Stelle auch über die Ticketpreise sprechen. Takt und Nutzerfreundlichkeit sind das eine, bezahlbare Ticketpreise das andere. Nur wenn das Gesamtpaket stimmt, schaffen wir die dringend notwendige Verkehrswende.

In diesem Bereich ist gerade viel in Bewegung. Über die Aussicht auf ein Jugendticket für 365 Euro haben wir uns schon im letzten Haushalt gefreut, nun ist auch noch ein bundesweit gültiges Deutschlandticket in Sicht. Es geht in die richtige Richtung. Die genauen Auswirkungen auf die Kreisfinanzen möchten wir gerne abwarten, aber für zwei Anliegen, die wir seit Jahren verfolgen, sehen wir nun große Chancen: Die weitere Senkung der Eigenanteile bei Schülertickets und die Einführung eines Sozialtickets. Mitte 2023 wollen wir gerne über eine Konzeption beraten, die beides zum 1.1. 2024 ermöglicht.

Wir haben mit unserem Antragspaket auch ein Straßenbaumoratorium in die Diskussion gebracht. Natürlich darf dies nicht auf Kosten der Sicherheit gehen und eine Verschiebung von Baumaßnahmen darf nicht später zu höheren Kosten führen. Das ist selbstverständlich. Es ist uns aber wichtig, bei jedem Projekt die Ausbaustandards auf Einsparmöglichkeiten zu prüfen. Zudem wollen wir anregen, ein zeitliches Verschieben mancher Maßnahmen zu prüfen, um ggf. Freiräume für drängendere Aufgaben zu schaffen.

Wir sind dankbar, dass die Verhandlungen zwischen kommunaler Seite und Land seit der Haushaltseinbringung Lichtblicke für die finanzielle Situation in unserem Kreishaushalt gebracht haben. Das Land unterstützt die Stadt- und Landkreise bei ihren Sozialaufwendungen für Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten mit 450 Millionen Euro. Der Pakt für Integration wird verlängert und an den Mehrkosten für Kindertagespflege wird sich das Land auch beteiligen. Der Bund arbeitet derzeit an einem Härtefallfonds in Milliardenhöhe, das Land hat ein Unterstützungspaket für soziale Infrastruktur verabschiedet. Alle politischen Ebenen sind in diesen Zeiten gefordert und belastet, und arbeiten mit einer Kraftanstrengung an Lösungen.

Die auch in diesem Gremium gelegentlich zu hörende Bundes- und Landesschelte ist uns zu undifferenziert. Sicherlich läuft nicht immer alles ideal, aber die Ansicht, dass Bund und Land die Kommunen im Regen stehen lassen, teilen wir nicht. (Auch unsere Großprojekte Schulbau und vor allem die Regionalstadtbahn wären ohne Landes- und Bundeszuschüsse ja nicht realisierbar.)

Der Kreisumlagehebesatz sinkt nun gegenüber der Einbringung des Haushalts deutlich. Wer hätte das erwartet, als wir in die Verhandlungen gestartet sind: Die korrigierte Höhe der Kreisumlage ist die zweitniedrigste der letzten 30 Jahre. Das ist erfreulich,

weil es Städten und Gemeinden mehr Handlungsspielraum lässt und Unvorhergesehenes besser aufgefangen werden kann. Und vielleicht erleichtert es manchem die Zustimmung zu dem einen oder anderen unserer Anträge. Uns ist es wichtig, die Folgen der Krisen abzumildern, den Zusammenhalt zu stärken, eine Perspektive und Hoffnung zu geben. Das erwarten die Menschen von uns: angemessene Lösungen für die Probleme unserer Zeit.

Im letzten Jahr endete unsere Rede mit dem Wunsch: „[...] dass im kommenden Jahr das Krisenmanagement für Impfzentren, Kontaktnachverfolgung, Coronaverordnungen & Co. in den Hintergrund rückt und das normale Tagesgeschäft wieder den Alltag bestimmen darf.“ Kurz danach begann der Krieg in der Ukraine. Die Aufgabenfelder haben sich verändert, aber das Jahr 2022 wurde für Sie als Verwaltung nicht weniger herausfordernd als das Vorjahr. Ihnen, Herrn Landrat Walter sowie Ihrer gesamten Verwaltung wollen wir herzlich danken für Ihren engagierten Einsatz für den Landkreis.

Wir wünschen uns allen nun gute Beratungen, zukunftsweisende Entscheidungen und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.